**1918/2018 - Erste Republik wirtschaftlich am Boden**

**Dossier**

22.12.2017

* Wien (APA) - Hyperinflation, Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaftskrise und am Ende schließlich Deflation: Die Wirtschaft lag in der Ersten Republik nicht nur, aber über weite Strecken am Boden. Die Gründe und Eckpunkte dieser Entwicklung analysiert der Wirtschaftshistoriker Roman Sandgruber in einem Beitrag im Sammelband "Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938".
* Nach dem Ersten Weltkrieg war Österreich wirtschaftlich zunächst auf sich allein gestellt. "Ein Zerfall eines so großen Wirtschaftsraumes wie der Habsburgermonarchie bedeutet in jedem Fall Wohlstandseinbußen, wie umgekehrt eben der Aufbau eines größeren Wirtschaftsraumes Wohlstandseffekte bringt", schreibt Sandgruber. Die Auflösung der Monarchie brachte nicht nur einen politischen Umsturz, sondern teilte auch ein über mehrere Jahrhunderte gewachsenes Wirtschaftsgebiet mit aufeinander ausgerichteten Produktionskapazitäten. "Was bisher Binnenhandel gewesen war, hatte sich plötzlich in einen mit viel größeren Schwierigkeiten behafteten und von außerökonomischen Einflüssen mitgesteuerten zwischenstaatlichen Verkehr verwandelt."
* Dazu kam eine "höchst inhomogene regionale Struktur": In Niederösterreich (damals noch inklusive Wien) lebte mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes, 1923 wies allein Wien ein Drittel der Bevölkerung Österreichs auf (heute nur rund ein Fünftel).
* "Brutale Umverteilung"
* Die Hyperinflation der Nachkriegszeit brachte schließlich eine "brutale Umverteilung zulasten der Sparer, Geldvermögensbesitzer, Rentenbezieher und 'Fixbesoldeten', also des Bürgertums". Umgekehrt begünstigte dies zunächst sogar die Wirtschaft: Es gab kaum Arbeitslosigkeit, aufgrund der ständig steigenden Preise boomte die Nachfrage nach Gütern. Die Geldentwertung wurde zwar mit dem Völkerbund-Sanierungsplan 1922 gestoppt: Allerdings hatte man da bereits "praktisch alle Sparguthaben und Geldkapitalien vernichtet und sich für die nächste Zukunft ein derartig hohes Zinsniveau eingehandelt, dass Investitionen praktisch fast unmöglich wurden."
* Lag das BIP Österreichs in den heutigen Grenzen (gemessen an der Einwohnerzahl) vor 1914 noch über jenem des Deutschen Reichs, folgte nach 1918 eine Talfahrt: In der gesamten Zwischenkriegszeit wurde das Vorkriegsniveau pro Kopf nie erreicht. Impulse durch den Ausbau der Wasserkraft und des zunächst boomenden Fremdenverkehrs wurden durch die Weltwirtschaftskrise behindert. Dazu kamen noch Bankenzusammenbrüche mit der Zahlungsunfähigkeit der Credit-Anstalt 1931 als Höhepunkt.
* Österreich blieb auch nach dem Ende der Monarchie zwar ein Staat mit hochentwickelter Industrie, konnte seine Produktionskapazitäten aber nicht voll ausschöpfen: "Die Industrieproduktion vermochte in Österreich in der Zwischenkriegszeit das Niveau von 1913 niemals erreichen", so Sandgruber.
* Anstieg der Arbeitslosigkeit
* Folge all dieser Entwicklungen war ein Anstieg der Arbeitslosigkeit: Ende 1934 waren 770.000 Menschen oder 38,5 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen arbeitslos - 60 Prozent davon bekamen keine reguläre Unterstützung. Am schlimmsten getroffen wurden davon die alten Industrieregionen Niederösterreichs, Wiener Neustadt verzeichnete 1934 eine Arbeitslosenrate von 60 Prozent. Dazu kam, dass der Ständestaat in dieser Situation auf Budgetstabilität setzte und wachstumsfördernden Investitionen ablehnend gegenüberstand - einerseits laut Sandgruber aus einer "falsch verstandenen christlichen Soziallehre gespeisten antikapitalistischen Tendenz", andererseits aufgrund einer ideologischen Abgrenzung zum nationalsozialistischen Deutschland, das massives Deficit Spending betrieb.
* Insgesamt ordnet Sandgruber die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit "vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Niedergangs Europas und der schwersten Depression, die das kapitalistische System bislang durchgemacht hat", ein. Dazu kamen "Strukturprobleme und wirtschaftspolitische Fehler, die in eine wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland und eine fatale innenpolitische Polarisierung mündeten".

((Der Sammelband ist eng an die gleichnamige Schwerpunktausstellung im "Haus der Geschichte" im Museum Niederösterreich in St. Pölten angelehnt.Service: Stefan Karner (Hg): "Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938", StudienVerlag, 384 Seiten, 34,90 EuroDieser Artikel ist Teil eines umfangreichen Meldungspakets zum Gedenkjahr 2018. Sämtliche Hintergründe finden Sie unter [http://science.apa.at/Gedenkjahr2018](https://science.apa.at/Gedenkjahr2018).))